

Langes Warten auf einen Therapieplatz

Eine geeignete psychotherapeutische Praxis zu finden, ist oft Glückssache. Eine Betroffene berichtet und gibt Tipps

Lucas Gangluff

An Rhein und Ruhr. Sie glitt immer stärker ab in die Isolation, dazu kamen starke Depressionen. „Ich war gar nicht mehr lebensfähig“, beschreibt Lucie* (*Name von der Redaktion geändert) ihre Erfahrungen im November des Jahres 2021. Sie sei gar nicht mehr in der Lage gewesen, Gespräche zu führen oder allein das Haus zu verlassen. An der Hand geführt von ihrem Vater, ging es von Arzt zu Arzt. Als mentale „Aussetzer“ beschreibt die jetzt 22-jährige Studentin ihre Symptome. Schon seit ihrer Jugend hatte sie mit psychischen Erkrankungen zu kämpfen, so stark waren die Auswirkungen aber noch nie gewesen.

Mehrere Arztbesuche ohne Befund später führte der Weg – auch durch die Unterstützung einer Tante – dann aber in eine psychiatrische Klinik. „Die Betreuung in der Klinik hat mir geholfen, wieder auf die Beine zu kommen“, erinnert sich Lucie. Dann aber kam in einer Zeit, in der es eigentlich um die Erholung gehen sollte, der nächste Stressfaktor dazu – die Suche nach einem anschließenden Therapieplatz.

„Das kam damals als Empfehlung von den Betreuenden, die wussten ja auch, wie lange die Wartezeiten sind“, erzählt sie. Durchhaltevermögen war gefragt, jede Menge Arbeit und gute Organisation – am Ende war es eine Kombination aus alledem, dass Lucie unter den dutzenden Anfragen eine just eröffnete Praxis fand und dort unterkam. Die 22-Jährige weiß jedoch auch: „Ich hatte da sehr viel Glück. Die Suche war bei anderen viel schwieriger.“



Für Menschen auf der Suche nach einem Therapieplatz sind die langen Wartezeiten oft eine zusätzliche schwere Belastung.

KLAUS-DIETMAR GABBERT / DPA-TMN

Diese sei aber schon von Beginn an unzureichend gewesen, so der Präsident der Psychotherapeutenkammer NRW Gerd Höhner auf Anfrage der NRZ. „Die psychotherapeutische Versorgungslage ist im Grunde noch nie ausreichend gewesen“, fasst er die Lage zusammen.

Eine Einschätzung, die allerdings vom Spitzenverband der Krankenkassen (GKV) nicht geteilt wird.

„Die Versorgung in NRW ist gut“, teilt ein Verbandsprecher auf Anfrage mit. „Es gibt 63 Planungsbereiche von denen 61 für weitere Niederlassungen gesperrt sind“, wird dieselbe Bedarfsplanung zitiert, die Kammer-Präsident Höhner als „veraltet“ kritisiert. Laut dieser ist NRW in großen Teilen sogar überversorgt.

Eine klare Unstimmigkeit zwischen der Planung auf dem Papier

und der Realität, in der Betroffene Wochen, meist Monate auf einen Behandlungsbeginn warten müssen. Auch wenn es, wie von der GKV betont, noch die Möglichkeit gäbe, über eine zusätzliche Quote in der Bedarfsplanung bestimmte Bereiche wie zum Beispiel die Psychotherapie zu fördern. Dadurch ergäbe sich theoretisch noch die Möglichkeit, dass sich weitere Thera-

Hilfe bei Krisen

Sollten Sie sich in einer psychischen Krise befinden, ist der ärztliche Bereitschaftsdienst bundesweit unter der **Telefonnummer 116117** erreichbar. Daneben bietet die Telefonseelsorge rund um die Uhr eine anonyme, kostenlose Beratung unter **0800-1110111** oder **0800-1110222**. Für Kinder und Jugendliche steht darüber hinaus außerdem die „Nummer gegen Kummer“ **0800-1110333** zur Verfügung – und zwar von Montag bis Freitag zwischen 15 und 19 Uhr.

peuten in NRW niederlassen könnten.

„Ich kenne einige, die sich von Notfallsprechstunde zu Notfallsprechstunde hangeln“, beschreibt Lucie ihre Erfahrungen. Damit meint sie Sprechstunden, die Therapeuten für akute Notfälle einrichten müssen – vergleichbar mit Apothekennotdiensten. „Es gibt den Ärztlichen Bereitschaftsdienst unter der Nummer 116117, die sind verpflichtet, einen dann zu vermitteln“, erklärt sie. „Aber das reicht vielleicht zur Überbrückung. Eine echte Therapie ersetzt es nicht.“

Wie also die oft lange und oft nervenaufreibende Suche nach einem Therapieplatz angehen? Lucie erzählt, wie ihre Suche ablief: „Es gibt im Internet verschiedene Portale, bei denen man nach Therapeuten suchen kann.“ Bei diesen suche man am besten vom Wohnort aus und prüfe, dass die entsprechenden Therapeuten auch die benötigte Therapieform anbieten. „Es gibt ja verschiedene Therapien – tiefenpsychologisch, analytisch, verhaltenstherapeutisch und noch weitere.“

Mit einigen Dutzend Kontakten ging dann der Telefonmarathon los. „Die meisten Therapeuten haben immer einmal in der Woche eine offene Telefonsprechstunde. Ich habe mir eine Liste gemacht und dann während meiner Zeit in der Klinik einen nach dem anderen abtelefoniert.“ Man müsse mit einer Menge Absagen rechnen – alternativ könne man sich auf eine Warteliste setzen lassen – und dürfe sich davon nicht entmutigen lassen, so Lucie. Eine potenziell weitere Belastung für die Psyche.

Am Ende hat Lucie zwei Erstgespräche in Praxen, eines davon bei ihrem jetzigen Therapeuten.

Extra Drei

Leider unverdaulich



Marcel Sroka

Auch wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, sicherlich nie gemogelt haben, so kennen Sie doch bestimmt frühere Mitschülerinnen oder Mitschüler, die sich bei Klausuren einen unlauteren Vorteil verschafft haben. Beim Sitznachbarn abzuschauen oder einen Spickzettel hervorzukramen, solche kleineren (oder größeren) Täuschungsversuche dürften keine unbekanntenen Konzepte sein.

Etwas ausgefeilter versuchte ein Mann in Bozen in Südtirol bei der theoretischen Führerscheinprüfung zu betrügen. Durch einen Kopfhörer im Ohr ließ er sich Antworten vorsagen. Ganz so unauffällig, wie sich der Herr gefühlt haben mag, war er aber wohl nicht. Wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk Italiens (Rai) berichtet, fiel Verkehrspolizisten in Zivil, welche die Prüflinge in Augenschein nahmen, der Herr auf. Dass der Ertappte sein Tatwerkzeug schnell runterschluckte, half nicht. Das in einem Krankenhaus angefertigte Röntgenbild überführte den Mann eindeutig.

Mit einer Ermahnung, einer Wiederholung des Tests oder einem blauen Brief an die Eltern ist es nun nicht getan. Ein solcher Betrugsversuch bei einer Führerscheinprüfung gilt als „Falschbeurkundung“. Bei einer Verurteilung droht dem Mann eine Haftstrafe zwischen sechs Monaten und zwei Jahren. Genug Zeit, um tatsächlich zu lernen?



Sind Spickzettel bekömmlicher? Lars Heidrich/FFS

Die gute Nachricht

Ein Polizeibeauftragter für Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen soll die Stelle eines oder einer unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag eingerichtet werden. Anfang 2024 werde der Gesetzentwurf in das Parlament eingebracht, teilten die Fraktionsspitzen von CDU und Grünen am Dienstag mit. Das Gesetz solle im ersten Halbjahr verabschiedet werden, sagte Grünen-Fraktionschefin Verena Schäffer. Der oder die künftige Polizeibeauftragte beim Landtag werde als Ansprechperson sowohl für Bürger als auch für Polizeiangehörige dienen, sagte Schäffer. Die Stelle solle „wirklich unabhängig“ sein. *dpa*

Gewinnzahlen

Eurojackpot (5 aus 50): 9, 20, 21, 22, 38;
Eurozahlen (2 aus 12): 3, 12;

Gewinnquoten
Kl. 1 (5 + 2): unbesetzt (Jackpot: 16 Mio €); **Kl. 2 (5 + 1):** 927.015,10 €; **Kl. 3 (5):** 74.684,70 €; **Kl. 4 (4 + 2):** 8.623,30 €; **Kl. 5 (4 + 1):** 354,50 €; **Kl. 6 (3 + 2):** 199,90 €; **Kl. 7 (4):** 119,40 €; **Kl. 8 (2 + 2):** 31,50 €; **Kl. 9 (3 + 1):** 20,90 €; **Kl. 10 (3):** 16,40 €; **Kl. 11 (1 + 2):** 16,20 €; **Kl. 12 (2 + 1):** 10,10 € (ohne Gewähr)

seitedrei@nrz.de
facebook.com/NRZ.de

Wann endet ein Therapieanspruch?

An Rhein und Ruhr. Also Ende gut, alles gut? Leider nicht, denn die nächste Herausforderung steht bereits ins Haus. Denn die geplanten Therapiestunden neigen sich dem Ende zu, und das, obwohl die Behandlung noch nicht am Ende ist. „Womit ich mich jetzt konfrontiert sehe, ist, dass meine Krankenkasse sagt, dass meine Behandlung nach einer bestimmten Anzahl von Stunden nicht mehr übernommen wird“, erklärt sie. „Für einen Zeitraum von zwei Jahren muss man dann schauen, wo man bleibt, wenn man sich die Behandlung nicht selbst finanzieren kann. Das ist eine Art Sperre.“

Das will man vonseiten der GKV so allerdings nicht stehen lassen. „Eine ‚Therapiesperre‘ gibt es nicht“, teilte man auf NRZ-Anfrage mit. Eine Krankenkasse kann allerdings ein Höchstkontingent an Therapiestunden festlegen, welches sie bezahlt, und dann eine Finanzierung auch zeitweise aussetzen. Allerdings könnte in Ausnahmefällen ein Gutachten beantragt werden. Auf Grundlage dessen entscheide die Krankenkasse dann, ob eine Therapie trotz maximaler Stundenzahl fortgeführt werden könne.

Einen Weg, den auch Lucie versucht einzuschlagen. „Ich versu-

che, meine Behandlung jetzt noch mal verlängern zu lassen. Aber keine Ahnung, ob das auch genehmigt wird.“ Die ganze Situation sei entmutigend: „Psychische Krankheiten sind oft eben auch chronische Krankheiten und ich bin auch immer noch krank.“

Auch die Frage, ob sie die Behandlung mithilfe ihrer Familie finanzieren könnte, stünde im Raum. „Aber eine Therapie ist so unglaublich teuer“, sagt Lucie. „So blöd es klingt, mein Therapeut meinte, das Beste für meine Chancen auf eine weitere langfristige Behandlung wäre, wenn ich noch mal in eine Klinik müsste.“

Taxifahrer sitzt Überfall aus

Hamm. Ein Taxifahrer hat in Hamm einen bewaffneten Raubüberfall völlig gelassen ausgesessen. Ein 40-jähriger Fahrgast habe am Montagabend plötzlich eine Schusswaffe gezogen, auf den Taxifahrer gezielt und demonstrativ durchgeladen. Doch der 52-jährige Taxifahrer habe trotz der Bedrohung beruhigend auf den Mann eingeredet und ihn dazu gebracht, die Waffe herunterzunehmen, teilte die Polizei am Dienstag mit.

Der Täter habe sein Opfer schließlich noch drängen wollen, ihm doch wenigstens eine Schachtel Zigaretten zu kaufen und ihn nach Hause zu fahren. Doch der Taxifahrer blieb ungerührt – und rief die Polizei. Die konnte den 40-jährigen wenig später festnehmen. *dpa*

NRW will höhere Kostenerstattung für Kliniken

Landesregierung fordert mit Bundesratsinitiative eine finanzielle Unterstützung vom Bund

Düsseldorf. Die nordrhein-westfälische Landesregierung fordert mit einer Bundesratsinitiative vom Bund finanzielle Unterstützung für die Krankenhäuser. „Ich bin sehr sicher, dass andere Bundesländer es genauso sehen und wir eine gute Mehrheit finden werden“, sagte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU, Foto) am Dienstag in Düsseldorf. Die Bundesratsinitiative fordert den Angaben zufolge vom Bund, die Berechnungssystematik der Krankenhausfinanzierung so aufzustellen, dass sie die Sach- und Personalkostensteigerungen vollständig abbildet. NRW wird sie gemeinsam mit Bayern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein am

Freitag in den Bundesrat einbringen. „Unsere Krankenhäuser sind in einer schwierigen Situation“, sagte Laumann. Gründe seien etwa hohe Betriebskosten durch die Inflation und überdurchschnittliche Tarifsteigerungen. Da die Regelfinanzierung der Krankenkassen nicht ausreiche, seien bereits neun Krankenhäuser in NRW insolvent gegangen. „Weitere können wir nicht ausschließen“, sagte er.

Für Investitionen in Gebäude und Ausstattung seien die Bundesländer zuständig, betonte der Minister. In dieser Hinsicht sei NRW vorbildlich. Allerdings sehe er die Versorgungssicherheit im Land in Gefahr, wenn die Betriebskosten nicht



VENNEREND/DPA

mehr aufgebracht werden könnten. Der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Ingo Morell, bezeichnete den Vorstoß als „ein enormes Hoffnungszeichen, dass sich etwas bewegt“. 60 Prozent der Kliniken könnten das Weihnachtsgeld nur mithilfe der Träger oder mit Bankkrediten zahlen. Bis zum Jahresende würden die Krankenhäuser in NRW ein Defizit von zwei Milliarden Euro anhäufen, teilte er mit. „Wir können aber nicht einfach die Preise erhöhen“, sagte er. „Die Forderungen der Krankenhäuser sto-

ßen aber in Berlin auf Ignoranz.“ Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) nehme die Situation offenbar billigend in Kauf, kritisierte Morell.

Die SPD-Fraktion im NRW-Landtag unterstützt die Bundesratsinitiative, verweist aber auch auf die Verantwortung der Landesregierung. „Wir fordern die Landesregierung erneut auf, ein Investitionspaket in Höhe von zwei Milliarden Euro aufzulegen“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher Thorsten Klute. „Das Land ist hier einzig und allein verantwortlich und hat in den letzten Jahren das Investitionsdefizit auf mittlerweile knapp 16 Milliarden Euro ansteigen lassen.“ *epd*